This document has been downloaded from www.irshare.eu
You can also file your documents. Come and join us !

Este documento se ha descargado de www.irshare.eu
También puede archivar sus documentos.

Dieses Dokument wurde von www.irshare.eu heruntergeladen
Sie können Ihre Dokumente auch speichem. Machen Sie mit !

Ce document a été téléchargé sur www.irshare.eu
Vous pouvez aussi déposer vos documents. Venez nous rejoindre !

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 2.7.2014
COM(2014) 446 final

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN

Initiative für grüne Beschäftigung: Nutzung des Potenzials der grünen Wirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen

1. Einführung

In der Strategie 2020 ist dargelegt, wie wichtig die Umstellung auf eine grüne, CO_2-arme und ressourceneffiziente Wirtschaft ist, um intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum zu erzielen. Der ineffiziente Ressourcenverbrauch, die unhaltbare Belastung der Umwelt und der Klimawandel sowie soziale Exklusion und soziale Ungleichheiten sind eine Herausforderung für das langfristige Wirtschaftswachstum, und seit vielen Jahren wird ein alternatives Wachstumsmodell gefordert, das noch andere Indikatoren verwendet als das BIP.[1]

Ein Modell für *grünes Wachstum* – das eine CO_2-arme, klimaresistente und ressourceneffiziente Wirtschaft herbeiführt – wird herangezogen, um einen strukturellen Wirtschaftswandel zu beschreiben, der in erster Linie durch Ressourcenknappheit, technologischen Wandel und Innovation, neue Märkte sowie geänderte Bedarfs- und Verbrauchsmuster der Industrie und der Verbraucher angetrieben wird.[2] Ressourcen, Rohstoffe und Energiepreise[3] schlagen sich bereits in der Kostenstruktur der Unternehmen nieder, da die globale Nachfrage nach diesen Ressourcen infolge des steigenden Verbrauchs in den aufstrebenden Volkswirtschaften weiter zunehmen wird. Vom gegenwärtigen Modell der Linearwirtschaft – in dem genommen, hergestellt, verbraucht und weggeworfen wird – wird nach und nach auf das Modell der Kreislaufwirtschaft umgestellt, in dem durch Sparen, Wiederverwendung bzw. Recycling ein höherer Mehrwert und ein höherer Nutzen aus jeder Tonne Material, jedem Joule Energie und jedem Hektar Land gezogen wird und in dem die Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft an der Ressourcenproduktivität festgemacht wird.[4]

Grünes Wachstum stellt sowohl eine Herausforderung *als auch* eine Chance für den Arbeitsmarkt und die Qualifikationen dar, welche wiederum entscheidend für die Herbeiführung grünen Wachstums sind. Die Umstellung wird zu grundlegenden Umwälzungen in der gesamten Wirtschaft und in zahlreichen Branchen führen: Es werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, einige Stellen werden ersetzt, andere neu gestaltet.[5] In diesem Zusammenhang ist eine gezieltere Ausrichtung und Koordinierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Instrumente entscheidend, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen für die Förderung grüner Beschäftigung, den Ausgleich von Qualifikationsangebot und -nachfrage und die Beseitigung eines Arbeitskräftemangels sowie die Antizipation des Bedarfs an Humankapital.

In ihrem Beschäftigungspaket 2012 hat die Kommission den Rahmen für einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung abgesteckt, dessen Schwerpunkt auf der Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Arbeitsmarktinstrumente und der Ermittlung des Qualifikationsbedarfs liegt, damit die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft und die Erreichung der Beschäftigungsziele der Strategie Europa 2020 unterstützt werden.[6]

---

[1] KOM(2009) 433 endg.; vgl. auch SWD(2013) 303 final, *Progress on „GDP and beyond" actions (Sachstandsbericht zu Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Über das BIP hinaus").*

[2] Vgl. u. a. OECD (2011), *Towards green growth (Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum)*; UNEP (2011), *Towards a green economy (Auf dem Weg zu einer grünen Wirtschaft).*

[3] Vgl. auch COM(2014) 15 final, Mitteilung über einen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030, und COM(2014) 21 final, Mitteilung über Energiepreise und -kosten in Europa.

[4] COM(2014)…, *Hin zu einer Kreislaufwirtschaft: Ein Null-Abfallprogramm für Europa.*

[5] OECD (2012), *The jobs potential of a shift towards a low carbon economy (Das Arbeitsplatzpotenzial einer Umstellung auf eine CO_2-arme Wirtschaft)*; OECD (2012), *OECD Employment Outlook 2012 (OECD-Beschäftigungsausblick 2012)*, vgl. Kapitel 4 „What green growth means for workers and labour market policies: an initial assessment" (Was grünes Wachstum für die Arbeitnehmer und die Arbeitsmarktpolitik bedeutet: Eine erste Einschätzung); IAA (2011), *Skills for green jobs, a global view (Qualifikationen für grüne Arbeitsplätze – eine Gesamtbetrachtung).*

[6] Der beschäftigungspolitischen Leitlinie 7 zufolge sollen die Mitgliedstaaten die Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Bereichen, *einschließlich der „grünen" Beschäftigung* fördern.

In den Jahreswachstumsberichten 2013 und 2014 wurde das Beschäftigungspotenzial der grünen Wirtschaft hervorgehoben und betont, dass strategische Rahmen entwickelt werden müssen, bei denen arbeitsmarkt- und ausbildungspolitische Maßnahmen entscheidend zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen[7]. Nur in einigen wenigen Mitgliedstaaten bestehen integrierte politische Rahmen, die grünes Wachstum und Beschäftigung miteinander verknüpfen, während die Mehrzahl der Länder eine unzusammenhängende, bruchstückhafte Strategie verfolgen.[8]
Wie im Siebten Umweltaktionsprogramm dargelegt ist, kann das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial der grünen Wirtschaft ferner nur dann ausgeschöpft werden, wenn die Einbeziehung von Umweltbelangen und die Politikkohärenz so verbessert werden, dass sektorspezifische Politiken auf Unionsebene und in den Mitgliedstaaten konzipiert und durchgeführt werden[9]. Auch die Europäische Plattform für Ressourceneffizienz (European Resource Efficiency Platform – EREP) hat 2014 betont, dass eine umfassende Strategie für eine „grüne“ Umgestaltung Gestaltung von Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Ausbildungsinhalten benötigt wird, und die EU aufgefordert, Nachhaltigkeitsziele zu berücksichtigen, Arbeitsmarktinstrumente zur Flankierung der Umstellung zu ermitteln, EU-Mittel zu mobilisieren, den Austausch bewährter Verfahren zu unterstützen, zu sensibilisieren und Engagement einzuwerben sowie für die Umsetzung im Rahmen des Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu sorgen.[10]

In der vorliegenden Mitteilung sollen die strategischen Rahmenbedingungen abgesteckt werden, innerhalb deren Arbeitsmarktstrategien und Strategien für den Erwerb von Qualifikationen aktiv die Beschäftigung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der grünen Wirtschaft unterstützen können. Es werden gezielte politische Maßnahmen und Instrumente vorgelegt, die darauf abzielen, die Beschäftigungs- und die Umweltziele miteinander in Einklang zu bringen und zur Erreichung der Zielsetzungen von Europa 2020 beizutragen.

2. Umstellung auf eine grüne Wirtschaft – Chancen und Herausforderungen für den Arbeitsmarkt

Hauptursache für die „grüne“ Umgestaltung der Wirtschaft ist ein langfristiger, allgemeiner Trend zunehmender Ressourcenknappheit und steigender Energie- und Rohstoffpreise, der durch Europas zunehmende Abhängigkeit von der Einfuhr dieser Ressourcen verstärkt wird. In Reaktion hierauf hat die EU mehrere Politikmaßnahmen und Strategien umgesetzt, mit denen die Umstellung auf eine ressourceneffiziente und CO_2-arme Wirtschaft unterstützt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden sollen. Eine der bedeutendsten

[7] COM(2013) 800 final.
[8] Gemeinsamer Beschäftigungsbericht, COM(2013) 801 final. Vgl. auch Europäische Kommission (2013), *Promoting green jobs throughout the crisis: a handbook of best practices in Europe* (Förderung grüner Arbeitsplätze in der Krise: Leitfaden für eine bewährte Praxis in Europa), Bericht des Europäischen Beschäftigungsobservatoriums (European Employment Observatory – EEO). In diesem Leitfaden werden nationale und/oder regionale Strategien bzw. einzelne politische Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung in grünen Branchen dargelegt.
[9] ABl. L 354 vom 28.12.2013.
[10] http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/documents/erep_manifesto_and_policy_recommendations_31-03-2014.pdf.

Maßnahmen ist das Klima- und Energiepaket 2020, mit dem Ziele für eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen sowie für erneuerbare Energieressourcen und eine höhere Energieeffizienz bis 2020 festgesetzt wurden. Es ist weithin anerkannt, dass eine erfolgreiche Umstellung auf eine grüne, ressourcen- und energieeffiziente Wirtschaft zu einer Umgestaltung der Arbeitsmärkte führen wird. Um die notwendigen strukturellen Anpassungen besser antizipieren und bewältigen zu können, müssen daher die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bekannt sein.[11]

Im Sektor Umweltgüter und -dienstleistungen wurden selbst während der Wirtschaftskrise zahlreiche sogenannte „grüne" Stellen geschaffen. Die Zahl der Beschäftigten in der EU in diesem Bereich ist von 2002 bis 2011 von 3 auf 4,2 Millionen gestiegen, in den Jahren der Rezession ist sie um 20 % angewachsen.[12]

Das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Verbindung mit der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, Energieeffizienz, Abfall- und Wasserbewirtschaftung, der Erhaltung der Luftqualität, der Wiederherstellung und Erhaltung der Biodiversität sowie dem Aufbau einer grünen Infrastruktur ist beträchtlich und unanfällig für Schwankungen im Konjunkturzyklus.

Beispielsweise können durch einen 1%-igen Wachstumszuwachs im europäischen Wassersektor zwischen 10 000 und 20 000 neue Stellen geschaffen werden.[13] Schätzungen zufolge tragen Tourismus und Erholung in Natura-2000-Gebieten unmittelbar zur Förderung von rund 8 Millionen Arbeitsplätzen bei; dies entspricht 6 % der Gesamtbeschäftigung in der EU.[14] Durch die Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften über Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung könnten über 400 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden[15], und durch die nun von der Kommission vorgeschlagene Überarbeitung des Abfallrechts könnten schätzungsweise 180 000 zusätzliche Stellen eingerichtet werden.[16] Gleichzeitig könnten neue Märkte erschlossen, die Ressourcen effizienter genutzt sowie die Abhängigkeit von Rohstoffimporten und die Umweltbelastung reduziert werden.[17]

In Branchen mit hohem Emissionsniveau (Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Bauwesen, die einen Anteil von 33 %, 20 %, 12 % bzw. 12 % des Treibhausgasausstoßes ausmachen) werden interne Umwandlungsprozesse und die Neugestaltung von Arbeitsplätzen vonnöten sein[18]. Verstärkte Investitionen in Isolierung und Energieeffizienz dürften sich positiv auf die

---

[11] Cambridge Econometrics, GHK und Warwick Institute for Employment Research (2011), *Studies on sustainability issues — Green jobs; trade and labour* (Studien über „Aspekte der Nachhaltigkeit" – grüne Arbeitsplätze; Handel und Arbeit), Studie im Auftrag der GD EMPL.

[12] Eurostat-Daten zur Branche der Umweltgüter und -dienstleistungen.

[13] Ecorys, Acteon (2014), *Potential for sustainable growth in the water industry sector in the EU and the marine sector – Input to the European Semester* (Potenzial für nachhaltiges Wachstum in der europäischen Wasserindustrie und im Meeressektor – Ein Beitrag zum Europäischen Semester).

[14] Bio Intelligence Service (2011), *Estimating the economic value of the benefits provided by the tourism/recreation and employment supported by Natura 2000* (Schätzung des wirtschaftlichen Werts der Gewinne aus Tourismus/Erholung sowie im Rahmen von Natura 2000 entstandene Arbeitsplätze).

[15] Bio Intelligence Service (2012), *Implementing EU waste legislation for green growth* (Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften über die Abfallbewirtschaftung zur Schaffung grünen Wachstums).

[16] Folgenabschätzung zur Überarbeitung des Abfallrechts – Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen.

[17] Bio Intelligence Service (2012), *Implementing EU waste legislation for green growth* (Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften über die Abfallbewirtschaftung zur Schaffung grünen Wachstums).

[18] See Cambridge Econometrics *et al*. (2013), *Employment effects of selected scenarios from the Energy roadmap 2050* (Auswirkungen ausgewählter Szenarien aus dem Energiefahrplan 2050 auf die Beschäftigung),

Schaffung von Arbeitsplätzen im Bauwesen auswirken, wo über 4 Millionen Arbeitskräfte eine höhere Qualifikation erwerben müssen.[19] Auch in den Bereichen Biomasse und Biotreibstoffe dürften Arbeitsplätze entstehen.[20] In Land- und Forstwirtschaft wird durch neu eingeführte „Ökologisierungskomponenten" die Erbringung öffentlicher land- und forstwirtschaftlicher Dienstleistungen verbessert und gleichzeitig für grünes Wachstum in diesen Branchen gesorgt. In der Landwirtschaft bieten sich Chancen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere durch hochwertige Erzeugung, ökologischen Landbau, Landschaftspflege, Ökotourismus, grüne (Umwelt-)Dienstleistungen und/oder grüne Infrastruktur in ländlichen Gebieten.

In energieintensiven Industriezweigen (z. B. Chemie oder Eisen und Stahl) stellt sich die Lage komplexer dar: Für sie sind die Notwendigkeit der Emissionsreduzierung und die Schaffung neuer Branchen und Produkte sowohl mit Herausforderungen als auch mit Chancen verbunden. Um die Wettbewerbsfähigkeit derjenigen Industrien zu erhalten, in denen infolge der klimaschutzpolitischen Strategien die Gefahr einer Verlagerung besteht, hat die Kommission Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass CO_2-Emissionen verlagert werden.[21] In der Chemiebranche wird davon ausgegangen, dass bei der Umstellung auf eine grünere Chemieindustrie mehr Arbeitsplätze entstehen als in der Ölindustrie und in der derzeitigen Chemieindustrie.[22] In der Stahlindustrie lassen sich durch den Einsatz von Recyclingmaterialien (wie Stahlschrott) weitreichende Energieeinsparungen erzielen, was sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Branche auswirkt.

Bezogen auf die Wirtschaft im weiteren Sinne können Unternehmen ihre Märkte erweitern und bei gleichzeitiger Umgestaltung der bestehenden Arbeitsplätze neue Stellen schaffen, indem sie die Produktionsprozesse effizienter machen, innovative Lösungen zur Einsparung von Ressourcen umsetzen, neue Geschäftsmodelle entwickeln oder nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen anbieten. Im Zeitraum von 2000 bis 2011 ist die Ressourcenproduktivität in der EU um 20 % gestiegen. Bei gleichbleibendem Rhythmus könnte bis 2030 ein weiterer Anstieg um 30 % erzielt und das BIP um knapp 1 % gesteigert werden, wodurch mehr als 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

3. Politische Maßnahmen

Dynamische und reibungslos funktionierende Arbeitsmärkte sind eine wichtige Voraussetzung für die Umstellung auf eine grüne, ressourceneffiziente Wirtschaft. Den Maßnahmen auf EU-Ebene sollten folgende Schwerpunkte zugrunde gelegt werden:

- Überwindung der Qualifikationsdefizite
- Antizipation von Veränderungen, Unterstützung von Übergängen und Mobilitätsförderung
- Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen
- Verbesserung der Datenqualität

Abschlussbericht im Auftrag der Europäischen Kommission (GD Energie), http://ec.europa.eu/energy/observatory/studies/doc/2013_report_employment_effects_roadmap_2050.pdf

[19] Kommission, BUILD UP Skills (2013), *Preliminary findings from Member States Roadmaps* (Erste Ergebnisse der Analyse der Fahrpläne der Mitgliedstaaten).

[20] http://www.energies-renouvelables.org/observ-er/stat_baro/barobilan/barobilan13-gb.pdf

[21] Vgl. http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage/index_en.htm

[22] http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---sector/documents/publication/wcms_226385.pdf

3.1 Überwindung der Qualifikationsdefizite

Zwar schafft eine grüne Wirtschaft neue Arbeitsplätze und eröffnet neue Märkte, doch Europas Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsfähigkeit und Produktivität hängen stark von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ab. Daher muss der Qualifikationserwerb gefördert werden (3.1.1) und der Qualifikationsbedarf aller Branchen und Industriezweige muss besser prognostiziert werden, damit die zuständigen Behörden und Interessenträger dem Wandel folgen können (3.1.2).

3.1.1 Förderung des Qualifikationserwerbs

Während die Mitgliedstaaten Klassifikationen für „grüne" Qualifikationen[23] entwickeln, hat sich nun herausgestellt, dass sich die Umstellung auf eine grünere Wirtschaft entscheidend auf den Qualifikationsbedarf auswirken wird, und zwar dadurch, dass der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in aufstrebenden Ökobranchen, an einer Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte in allen Branchen sowie an einer Neuqualifizierung der Beschäftigten in Branchen, in denen eine Umstrukturierung droht, steigt.[24] Die Qualifikationsanforderungen der Stellen in den einzelnen Wirtschafts- und Industriezweigen hängen vom jeweiligen Ausmaß der Ökoinnovation ab.

Bei stark innovationsorientierten neuen Berufsbildern werden allgemeine wie auch naturwissenschaftliche, technologische und mathematische Qualifikationen (MINT) im Zuge der Pflichtschul- und der Hochschulbildung benötigt. Eine Weiterqualifizierung ist in allen Branchen und Berufen erforderlich, damit neue Qualifikationen und Know-how erworben werden können, wie die Kenntnis neuer Dämmstoffe, neuer Konzepte für Baumaterialien, Design und Ingenieurwesen, sowie die Kenntnis der geltenden Regelungen. Die mit der grünen Wirtschaft einhergehenden Qualifikationen sind nicht in jedem Fall vollkommen neu oder „einzigartig". Sie setzen sich aus Querschnittskompetenzen und spezifischen Kompetenzen zusammen. In manchen Bereichen entstehen aus bestimmten Aufgaben und Zuständigkeiten, die eine bestimmte Kombination aus Kompetenzen und Wissen erfordern, neue Berufsbilder.

Zur Förderung der Anpassung der Arbeitskräfte und der Aus- und Weiterbildungssysteme müssen die Behörden gezielte Maßnahmen ergreifen, um Qualifikationsengpässe zu verhindern, Übergänge zu neuen Berufsbildern zu fördern und die Anpassung der Aus- und Weiterbildungssysteme an den neuen Kompetenz- und Qualifikationsbedarf zu verbessern. Hierzu müssen die Qualifikationen und die entsprechenden Lehrpläne in der Aus- und Weiterbildung überarbeitet und aktualisiert werden.[25]

Um die berufliche Aus- und Weiterbildung besser auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes abzustimmen, sollten Qualitätsstandards für die Ausbildung in den einzelnen Branchen

[23] Vgl. u. a. Ecorys (2010), *Programmes to promote environmental skills* (Programme zur Förderung umwelttechnischer Qualifikationen).
[24] OECD (2012); IAA (2012); Cambridge Econometrics *et al.* (2011), *Studies on sustainability issues — Green jobs; trade and labour* (Studien über „Aspekte der Nachhaltigkeit" – grüne Arbeitsplätze; Handel und Arbeit).
[25] CEDEFOP (2012), *Green skills and environmental awareness in vocational education and training* (Grüne Qualifikationen und Sensibilisierung für Umweltschutzbelange in der beruflichen Aus- und Weiterbildung).

ausgearbeitet und durch Qualitätssicherungsmechanismen und Akkreditierungssysteme ergänzt werden. Bei von Umstrukturierungen betroffenen Arbeitskräften können durch die Zertifizierung informell erworbener grüner Qualifikationen in Verbindung mit flexiblen berufsqualifizierenden Ausbildungsmodulen auch Berufsübergänge unterstützt werden. Die Regelungsmechanismen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sollten sich stärker auf die Qualifikationsprognosen stützen. Die Sozialpartner der jeweiligen Branche sollten stärker in die Konzipierung und Überarbeitung von Ausbildungsprogrammen, Qualifikationen und Akkreditierungssystemen einbezogen werden.

3.1.2 Bessere Prognostizierung des Qualifikationsbedarfs

Infolge der neuen Qualifikationsanforderungen und der neuen Berufsbilder, die der Strukturwandel in der Wirtschaft mit sich bringt, müssen die Entwicklungen im Bereich der Arbeitsplätze und Qualifikationen besser darauf hin bewertet werden, wie die Umstellung auf die grüne Wirtschaft begünstigt werden kann. Qualifikationsdefizite lassen sich anhand von Klassifizierungssystemen wie der europäischen Klassifizierung für Fähigkeiten, Kompetenzen, Qualifikationen und Berufe (European classification of Skills, Competences, Qualifications and Occupations – ESCO) ermitteln. Einen Überblick über die kurz- bis mittelfristigen Prognosen für den Stellen- und Qualifikationsbedarf auf europäischer, nationaler und Branchenebene gibt das EU-Kompetenzpanorama (EU Skills Panorama), das 2012 von der Kommission eingerichtet wurde.

Wertvolle Informationen über den Qualifikationsbedarf auf dem Arbeitsmarkt liefern die öffentlichen Arbeitsverwaltungen. In einigen Mitgliedstaaten haben sie Instrumente entwickelt, mit denen sie die Nachfrage nach grünen Qualifikationen in verschiedenen Wirtschaftssektoren (einschließlich der grünen Wirtschaftszweige) überwachen.[26] In diesem Fall besteht die Herausforderung darin, das Ausbildungsangebot, die Zahl der verfügbaren Plätze, das Format und die Struktur der Ausbildung anhand der vorliegenden Daten zu ändern oder anzupassen.

Daher werden dringend Strategien zur Informationsbeschaffung mit Schwerpunkt auf dem prognostizierten Einstellungsbedarf und der Ermittlung der Qualifikationsanforderungen benötigt. Hierzu müssen Regierungen, Wirtschaft, Sozialpartner und Forschung eng zusammenarbeiten. Von der Europäischen Kommission wurden Branchenräte für Qualifikationen und Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten gefördert, insbesondere in der Automobilbranche, im Bauwesen und in der Chemieindustrie.

Wie im Grünen Aktionsplan der Kommission für KMU[27] dargelegt, ist die Erschließung des Arbeitskräftepotenzials für KMU eine besondere Herausforderung, da sie über weniger Ressourcen verfügen, um auf den Wandel zu reagieren. Daher sollten KMU unterstützt und beraten werden, damit sie den Qualifikationsbedarf besser antizipieren und Defizite an grünen Qualifikationen besser abbauen können. Es sollten Tools entwickelt werden (wie Systeme für den Fernunterricht und Beratungsdienste), mit denen KMU ihre Energie- und Ressourceneffizienz verbessern und Umweltmanagement-Normen einführen können.[28]

---

[26] GD EMPL (2013), PES to PES Dialogue, *Public employment services and green jobs* (Dialog zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen – Öffentliche Arbeitsverwaltungen und grüne Arbeitsplätze).

[27] COM(2014)… , Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Grüner Aktionsplan für KMU".

[28] Z. B. das EU-System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (Eco-Management and Audit Scheme – EMAS) oder ISO 14001.

Die Kommission wird beim Abbau der Qualifikationsdefizite helfen, indem sie

- mit den branchenspezifischen Interessenträgern zusammenarbeitet (insbesondere mit den **Branchenräten für Qualifikationen** und den **Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten**), um Daten zu grünen Qualifikationen zusammenzutragen, und die Verbindung zur **ESCO** und zum **EU-Kompetenzpanorama** stärken;

- den Austausch bewährter Verfahren im Bereich der auf Qualifikationen ausgerichteten Strategien im Rahmen des **Programms für gegenseitiges Lernen der Europäischen Beschäftigungsstrategie** sowie in Zusammenarbeit mit dem CEDEFOP fördert;

- innerhalb des **europäischen Netzes der öffentlichen Arbeitsverwaltungen** den Austausch bewährter Verfahren bei der Nutzung von Arbeitsmarktdaten und -prognosen sowie der Förderung von Partnerschaften mit allen einschlägigen Interessenträgern fördert, um den Bedarf der Unternehmen an grünen Qualifikationen besser antizipieren zu können;

- mit den **Wissens- und Innovationsgemeinschaften InnoEnergy und Climate** des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) zusammenarbeitet, um innovative, nachhaltige auf Energie und Klimaschutz ausgerichtete Ausbildungsmodelle auf Graduierten- und Postgraduiertenniveau zu entwickeln und dessen neue Instrumente für Unternehmensgründungen auszubauen, um klimaschutzfreundliches Unternehmertum zu fördern;

- im Rahmen der **Gemeinsamen Agrarpolitik** bewährte Verfahren im Europäischen Netzwerk für ländliche Entwicklung und der Europäischen Innovationspartnerschaft für landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit fördert.

Die **Mitgliedstaaten** sind aufgefordert, die Qualifikationen und die entsprechenden Lehrpläne in der Aus- und Weiterbildung zu überarbeiten und zu aktualisieren, damit sie den neuen Arbeitsmarktanforderungen gerecht werden.

3.2 Antizipation von Veränderungen, Unterstützung von Übergängen und Mobilitätsförderung

Umwandlungsprozesse, insbesondere von schrumpfenden hin zu neu entstehenden Tätigkeitsbereichen, müssen rechtzeitig antizipiert und bewältigt werden. Die Umstrukturierung sollte auf sozial vertretbare Weise abgewickelt werden, insbesondere im Interesse der Erhaltung des Humankapitals (3.2.1); die Einrichtungen des Arbeitsmarkts müssen Übergänge erleichtern und unterstützen (3.2.2), und die berufliche und geografische Mobilität sollte weiter ausgebaut werden (3.2.3).

3.2.1 Antizipation des Wandels und Bewältigung der Umstrukturierung

Die EU verfügt über einen umfassenden Rechtsrahmen, in dem geregelt ist, wie der soziale Dialog den Wandel antizipieren und die Umstrukturierung angehen sollte. Im Qualitätsrahmen der EU für die Antizipation von Veränderungen und Umstrukturierungen[29] sind ferner bestimmte Grundsätze und bewährte Verfahren für die Antizipation von Veränderungen und das Umstrukturierungsmanagement dargelegt; damit ist er vom sozioökonomischen Standpunkt auch für eine erfolgreiche Bewältigung der Umstellung auf eine grüne Wirtschaft von Belang. Die rechtzeitige Antizipation von Veränderungen sowie des Qualifikationsbedarfs begünstigt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die

[29] COM(2013) 882 final.

Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Teil der Antizipation des Wandels sollten auch fortlaufende Programme zur Weiterqualifizierung von Arbeitskräften am Arbeitsplatz sein. Durch Lernen am Arbeitsplatz können auch grüne Innovationen gefördert werden, insbesondere, wenn ergänzend geeignete Validierungssysteme verfügbar sind.

Es müssen unbedingt spezifische Orientierungshilfen für Branchen erarbeitet werden, in denen mit deutlichen Beschäftigungszuwächsen oder -einbußen bzw. Umwälzungen gerechnet wird. Es wurden mehrere branchenspezifische Initiativen angestoßen (z. B. CARS 2020, Construction 2020), die zur Erreichung der Energie- und Ressourceneffizienz-Ziele beitragen und gleichzeitig den Beschäftigungs- und Qualifikationsbelangen Rechnung tragen.

Damit die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft bessere Arbeitsplätze hervorbringt, müssen auch die Aspekte Gesundheit und Sicherheit berücksichtigt werden, insbesondere Risiken, die durch die Entwicklung grüner Technologien entstehen. Zwar dürften nachhaltigere Technologien, Produkte und Verfahren das Risiko einer Gefährdung der Arbeitskräfte senken, doch müssen mögliche neue Gefahren gründlich geprüft und in Präventionsstrategien zur Antizipation, Ermittlung, Bewertung und Bewältigung neuer Gefahren und Risiken eingebunden werden.[30]

3.2.2 Anpassung der Arbeitsmarkteinrichtungen zur Erleichterung und Unterstützung von Übergängen

Die öffentlichen Arbeitsverwaltungen werden immer stärker in Strategien und Programme für grüne Beschäftigung eingebunden[31]. Sie bringen Arbeitgeber und Ausbildungseinrichtungen in lokalen oder regionalen Programmen für Arbeitslose und gefährdete Bevölkerungsgruppen zusammen an einen Tisch und schaffen Anreize zur Förderung geografischer und beruflicher Mobilität, indem sie Systeme zur Zertifizierung und Übertragung erworbener Qualifikationen sowie Datenbanken zur Erfassung der Arbeitgebernachfrage einrichten.
Auch bei Berufsorientierung und Berufsberatung sowie bei der Bereitstellung von Qualifikationsplänen und der Validierung von nicht formalem und informellem Lernen spielen die öffentlichen Arbeitsverwaltungen eine immer wichtigere Rolle.

3.2.3 Mobilitätsförderung

Die Förderung der Arbeitnehmermobilität sowohl zwischen Regionen als auch zwischen Mitgliedstaaten kann einen Teil dazu beitragen, die unmittelbare Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu decken. In einigen Branchen (wie im Baugewerbe) ist die Mobilität überdurchschnittlich hoch, in anderen – wie bei den Versorgungsleistungen (Wasser, Abwasser und Strom) – nicht. Die Mobilität innerhalb der EU fördert die Kommission mithilfe von EURES, dem europäischen Arbeitsvermittlungs-Netzwerk. EURES wird ferner gezielte Mobilitätsprogramme fördern, die darauf abzielen, Engpässe bei Stellenangeboten zu beseitigen und Nischenarbeitsplätze in bestimmten Branchen und Berufszweigen zu besetzen,

[30] COM(2014) 332 final, Mitteilung *über einen strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020*; vgl. auch Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2013), *Green jobs and occupational safety and health* (Grüne Arbeitsplätze und Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz).
[31] GD EMPL (2013), PES to PES Dialogue, *Public employment services and green jobs* (Dialog zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen – Öffentliche Arbeitsverwaltungen und grüne Arbeitsplätze).

insbesondere in der grünen Wirtschaft.[32] Zur Förderung der Mobilität müssen auch Investitionen in einen EU-weiten Abgleich der Qualifikationen von Stellenangeboten und Stellengesuchen mithilfe von ESCO getätigt werden, und es muss weiter auf die Schaffung des Europäischen Raums der Kompetenzen und Qualifikationen hingearbeitet werden. Die Berufsprofile sollten ferner fortlaufend aktualisiert werden, damit sie den Qualifikationsanforderungen der grüner werdenden Wirtschaft entsprechen.

Die Kommission wird die Antizipation von Veränderungen und die Mobilität fördern sowie Übergänge unterstützen, indem sie

- Lehren aus den laufenden **Initiativen der einzelnen Branchen zur Antizipation und Bewältigung von Umstrukturierungen** zieht und die Möglichkeit ihrer Übertragung auf andere Branchen mit grünem Potenzial prüft;

- im **europäischen Netz der öffentlichen Arbeitsverwaltungen** die öffentlichen Arbeitsverwaltungen bei der Förderung der beruflichen Mobilität zur Deckung eines spezifischen Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt unterstützt, insbesondere in Bezug auf Berufe mit grünem Qualifikationsprofil;
- im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie **wechselseitiges Lernen und Peer-Reviews** im Bereich geeigneter Arbeitsmarktstrategien unterstützt;
- im Rahmen des Programms für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) die Mobilität bei Arbeitsuchenden mithilfe **gezielter Programme für die Mobilität von Arbeitskräften** fördert;
- mithilfe von **ESCO** den Qualifikationsabgleich von Stellenangeboten und Stellengesuchen sowie die Analyse von Trends bei Angebot und Nachfrage grüner Qualifikationen anhand des Stellen- und Lebenslaufpools auf dem **EURES**-Portal unterstützt.

Mitgliedstaaten und Sozialpartner sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Qualitätsrahmen der EU für die Antizipation von Veränderungen und Umstrukturierungen bei der grünen Umgestaltung der Wirtschaft weithin Anwendung findet.

3.3. Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen

Der grüne Wandel sollte mit EU-Mitteln unterstützt werden (3.3.1). Weitere wichtige Maßnahmen zur Förderung der Schaffung grüner Arbeitsplätze sind folgende: Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umwelt (3.3.2), grünes Beschaffungswesen (3.3.3) und grünes Unternehmertum (3.3.4).

3.3.1 Effizienter Einsatz von EU-Mitteln

Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESFI) sind wichtige Finanzierungsquellen bei der Förderung nachhaltigen Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Die wichtigsten Finanzierungsinstrumente der EU zur Förderung des Qualifikationserwerbs, der Schaffung von Arbeitsplätzen und von Arbeitsmarktübergängen in einer grüneren Wirtschaft sind folgende:

– Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden Aktivierungsmaßnahmen, Maßnahmen für einen reibungslosen Eintritt ins Erwerbsleben und der Erwerb höherer Kompetenzen und Qualifikationen kofinanziert. Im Rahmen des ESF können Übergänge zu grüneren Arbeitsplätzen unterstützt, Qualifikationsdefizite behoben und die Systeme der

[32] Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 vom 11. Dezember 2013.

beruflichen Aus- und Weiterbildung verbessert werden (u. a. durch Anpassung der Lehrpläne).

- Mit Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) werden Investitionen in Energie- und Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien, Wasser- und Abfallbewirtschaftung, eine grüne Infrastruktur, zum Schutz und zur Erhaltung der Biodiversität, in Öko-Innovationen, Ausbildungsinfrastruktur und Forschung sowie Entwicklung und Innovation CO_2-armer Technologien unterstützt. Die Regionen müssen einen bestimmten Mindestanteil der EFRE-Mittel für Maßnahmen zur Förderung einer CO_2-armen Wirtschaft aufwenden (stärker entwickelte Regionen 20 %, Übergangsregionen 15 % und weniger entwickelte Regionen 12 %).
- Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) stellt Mittel für Investitionen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Umwelt, Betriebe und Infrastruktur im ländlichen Raum, einschließlich Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz, sowie in Ressourcenmanagement (u. a. Wasser, Abfall und Boden)) und Innovation bereit. Mindestens 30 % der Gesamtfördermittel aus dem ELER müssen die Mitgliedstaaten zur Eindämmung des Klimawandels und für den Umweltschutz aufwenden.
- Mit dem Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU COSME und dem Programm „Horizont 2020“ sollen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gefördert werden; hierzu werden Projekte in den Bereichen Innovation (einschließlich erneuerbare Energien), Energieeffizienz, Wiederherstellung des Ökosystems und Renaturierung von Städten unterstützt.
- Aus dem LIFE-Programm werden gezielte innovative Umwelt- und Klimaschutzprojekte gefördert, die sich auf Beschäftigung und Qualifikationen auswirken; ein Teil der Beiträge wird über die Finanzierungsfazilität für Naturkapital und das Instrument für private Finanzierungen im Bereich Energieeffizienz bereitgestellt.

Die Kommission unterstützt und fördert die Einrichtung und den Betrieb von Finanzinstrumenten, die über die Technische-Hilfe-Plattform für Finanzinstrumente (FI-TAP) im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds und andere gemeinsam mit der EIB betriebene Instrumente kofinanziert werden. Durch diese Instrumente können zusätzliche private Investitionen in die grüne Wirtschaft angekurbelt werden, und sie können zur Ausschöpfung des damit zusammenhängenden Beschäftigungspotenzials beitragen.

Zwischen den Programmen auf nationaler und auf EU-Ebene sollten die Synergien verstärkt werden.

3.3.2 Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umwelt

Eine Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf weniger wachstumsgefährdende Faktoren wie Verbrauch, Eigentum und Umwelt (in Verbindung mit der Abschaffung schädlicher Subventionen) kann sowohl die Beschäftigung ankurbeln als auch Emissionen und Umweltverschmutzung verringern. Am stärksten wird sich dies in denjenigen Mitgliedstaaten ausprägen, in denen die Steuerlast besonders hoch ist. Ein Drittel der

Mitgliedstaaten kann eine solche Umverteilung der Steuerbelastung vornehmen, ein weiteres Drittel kann die Ausgestaltung der Umweltsteuern verbessern[33].

Bei solchen Reformen sollte berücksichtigt werden, wie sich eine gezielte Senkung der Arbeitskosten, z. B. bei Geringqualifizierten, im Vergleich zu einer globalen Steuersenkung auf die Beschäftigungssituation auswirkt und welche Verteilungswirkung die Verlagerung auf grüne Steuern mit sich bringt. An eine Reihe von Mitgliedstaaten ergingen im Rahmen des Europäischen Semesters entsprechende länderspezifische Empfehlungen. Die Mitgliedstaaten könnten ferner mithilfe eines Teils der Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems die Arbeitskosten senken, was die Beschäftigung insgesamt begünstigen könnte.

3.3.3 Stärkung der Verwaltungskapazitäten und Förderung eines grünen Beschaffungswesens

In mehreren Mitgliedstaaten fehlt es an ausreichenden Verwaltungskapazitäten für die Ausarbeitung stärker integrierter Lösungen für wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Herausforderungen, die den Kosten und dem Nutzen für die Gesellschaft im weiteren Sinne Rechnung tragen. So kann das Wachstum in der grünen Wirtschaft insbesondere im Wege der öffentlichen Auftragsvergabe gefördert werden. Gemäß den neuen EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe können Gütezeichen verwendet werden, der Produktionsprozess darf ausdrücklich berücksichtigt werden und es wurde das Konzept der Lebenszykluskostenrechnung eingeführt. Hierdurch kann ein grünes Beschaffungswesen gefördert werden, wodurch grünes Wachstum und grüne Beschäftigung vorangetrieben werden könnten.

3.3.4 Förderung des Unternehmertums

Die Beschaffung von Kapital ist bei jeder Unternehmensgründung ein Problem; dies ist auch in der grünen Wirtschaft nicht anders. Gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank hat die Kommission eine Finanzierungsfazilität für Naturkapital eingerichtet, mit der sie u. a. Projekte im Bereich des Naturkapitals sowie kleine, innovative Unternehmen unterstützt, die sich dem Schutz der Biodiversität und der Anpassung an den Klimawandel verschrieben haben. Infolge der in jüngster Vergangenheit beobachteten Zunahme der Mikrofinanzaktivitäten in Europa bieten über 30 % der Mikrokreditanstalten grüne Mikrokredite an und weitere 10 % arbeiten an der Konzeption solcher Kredite[34].

Sozialwirtschaft und Sozialunternehmen bergen ein großes Potenzial für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in Bereichen wie Energieeffizienz und erneuerbare Energien, ökologischer Landbau und Ökotourismus oder der Kreislaufwirtschaft, in der wiederverwendet, repariert oder recycelt wird. Durch die Ermittlung wirksamer Strategien zur großmaßstäblichen Umsetzung für grüne Sozialunternehmen und durch Aufzeigen der Möglichkeiten könnten weitere Unternehmer gewonnen werden.

Nach jüngsten Schätzungen hat in 42 % der KMU mindestens ein Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigter einen grünen Arbeitsplatz – dies sind 5 % mehr als im Jahr 2012. Damit gibt es insgesamt über 20 Millionen grüne Jobs in der EU. Der Grüne Aktionsplan für KMU

[33] Europäische Kommission (2013), Tax reforms in EU Member States 2013. Tax policy challenges for economic growth and fiscal sustainability (Steuerreformen in den EU-Mitgliedstaaten 2013. Herausforderungen der Steuerpolitik mit Blick auf Wirtschaftswachstum und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen).

[34] European Microfinance Network (EMN) (2013), *European Green Microfinance. A first look*. (Grüne Mikrofinanzierung in Europa. Eine erste Betrachtung).

sieht Maßnahmen zur Förderung grünen Unternehmertums im Hinblick auf innovative Kreislaufwirtschaftsmodelle für die Unternehmen der Zukunft vor.

Die Kommission fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen, indem sie

- die Ausarbeitung von **Methoden zur Bewertung der Auswirkungen von Investitionen auf Qualifikationen und Beschäftigung** unterstützt, insbesondere durch technische Hilfe, den Austausch bewährter Verfahren, Pilotprojekte und für 2014 und 2015 geplante Sensibilisierungsmaßnahmen;

- im Rahmen des Europäischen Semesters die **ökologische Steuerreform** in den Mitgliedstaaten weiter vorantreibt;

- durch Beratung betreffend die bestmögliche Nutzung einer grüner Auftragsvergabe nach der jüngsten Reform den **Aufbau von Kapazitäten für ein grünes Beschaffungswesen** unterstützt und die Organisation der Behörden in Netzwerken zum Thema grünes Beschaffungswesen begünstigt;

- Sozialunternehmen (auch solchen, die in der grünen Wirtschaft tätig sind) die **Kapitalbeschaffung** und den Zugang zu einer grünen Mikrofinanzierung im Rahmen des Programms EaSI **erleichtert**;

- auf EU-Ebene operierende Einrichtungen dazu animiert, den **Erfahrungsaustausch** unter den Mikrofinanzierungsanbietern im Bereich grüne Mikrofinanzierung zu **fördern**;

- durch Finanzierung auf EU-Ebene und Netzwerke zur Unterstützung von KMU (z. B. das Enterprise Europe Network) die zielgerichtete Unterstützung im Rahmen des **Grünen Aktionsplans für KMU**, insbesondere für den Ausbau der grünen Qualifikationen der Arbeitskräfte, verstärkt.

Mitgliedstaaten und Regionen sind aufgerufen, bei ihren Finanzhilfeprogrammen zur Förderung grüner Investitionen und grüner Technologien den Aspekten Beschäftigung und Qualifikationen stärker Rechnung zu tragen und grünen Sozialunternehmen beim Aufbau sowie bei der Nachbildung und bei der Anpassung zu helfen. Die Mitgliedstaaten sind ferner aufgefordert, sicherzustellen, dass die Mittel aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds effizient eingesetzt werden, um die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft im Einklang mit der für Klimaschutzmaßnahmen vorgeschriebenen Quote von 20 % voranzutreiben.

3.4. Verbesserung der Datenqualität

Für die Konzepte „grüne Wirtschaft“, „grünes Wachstum“ und „grüne Arbeitsplätze“ wurden viele unterschiedliche Definitionen geprägt, die sich auf unterschiedliche Datensätze stützen.[35] Durch die regelmäßige Erhebung einheitlicher Daten würde eine stärker faktengestützte politische Entscheidungsfindung und Kontrolle möglich, und die Auswirkungen der Umstellung auf den Arbeitsmarkt sowie der Qualifikationsbedarf könnten besser antizipiert werden.

Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten hat die Kommission Indikatoren erarbeitet, mit denen sie im Rahmen des Europäischen Semesters die Fortschritte bei der Erzielung grünen Wachstums

[35] Vgl. Green Growth Knowledge Platform (GGGI, OECD, UNEP, Weltbank) (2013), Moving towards a common approach on green growth indicators (Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Konzept für Indikatoren für grünes Wachstum).

überwacht.[36] Daten über Umweltgüter und -dienstleistungen werden auch auf EU-Ebene erhoben, um eine einheitliche europäische Datengrundlage für die Beschäftigung im Umweltbereich zu schaffen.[37] Darüber hinaus entwickelt die Kommission ein ökonometrisches Modell (FIDELIO)[38], mit dem sie bewerten wird, wie sich umweltpolitische und andere Maßnahmen auf Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung auswirken.

Auf internationaler Ebene wurden auf der 19. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker Leitlinien für eine statistische Definition der Beschäftigung im Umweltsektor angenommen, die den Ländern helfen sollen, Statistiknormen und statistische Verfahren für grüne Arbeitsplätze, die grüne Wirtschaft und die Beschäftigung im Umweltsektor auszuarbeiten und die Statistiken international besser vergleichbar zu machen.[39]

Die Kommission fördert eine bessere Datenqualität, indem sie

- die nationalen statistischen Ämter bei der Datenerhebung und der Ausarbeitung der umweltökonomischen Gesamtrechnungen mithilfe des Europäischen Statistischen Systems durch bestehende Finanzhilfe- und Ausbildungsmaßnahmen unterstützt;

- den Einsatz quantitativer Modellierungsinstrumente stärkt, damit die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt auf EU-, mitgliedstaatlicher und regionaler Ebene differenzierter untersucht werden können;

- auf der Grundlage der vom Beschäftigungsausschuss erarbeiteten Beschäftigungs- und Umweltindikatoren Unterstützung bei der Überwachung der Politikmaßnahmen im Rahmen der Strategie Europa 2020 leistet.

Die **Mitgliedstaaten** sind aufgefordert, Übergangszeiträume bei der Umsetzung des Moduls für die Rechnungen des Sektors Umweltgüter und -dienstleistungen sowie die Zeit für die Datenübermittlung so kurz wie möglich zu halten.

4. Förderung des sozialen Dialogs

Voraussetzung für den Anstoß zur Umstellung auf eine grüne Wirtschaft ist die Einbindung der Sozialpartner aller Ebenen.

Die Sozialpartner auf EU-Ebene haben bereits durch gemeinsame oder separate Initiativen zur EU-Debatte über die Umstellung auf grüne Arbeitsplätze beigetragen: Hierbei haben sie ihre Schwerpunkte auf den Grundsatz einer gerechten Umstellung, die Synergien zwischen dem Klima- und dem Energiepaket 2030 und der EU-Industriepolitik sowie auf den Qualifikationsbedarf für grüne Arbeitsplätze gelegt.[40] Da die Umstellung auf eine grüne,

[36] Vgl. auch Beschäftigungsausschuss (2010), Towards a greener labour market - The employment dimension of tackling environmental challenges (Auf dem Weg zu einem grüneren Arbeitsmarkt – Der Beschäftigungsaspekt beim Umgang mit umweltpolitischen Herausforderungen), Abschlussbericht. Darin werden die Indikatoren in folgende sechs Bereiche untergliedert: grüne Arbeitsplätze, grüne Qualifikationen, grüne Arbeitsplätze, grüne Übergänge, grüne Arbeitsmärkte und grünes Wachstum.

[37] Verordnung (EU) Nr. 538/2014 vom 16. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

[38] FIDELIO 1: Fully Interregional Dynamic Econometric Long-term Input-Output Model for the EU27 (Vollständig interregionales dynamisches ökonometrisches Langzeitmodell für Input und Output für die EU-27), Gemeinsame Forschungsstelle 2013.

[39] http://www.ilo.org/global/statistics-and-databases/standards-and-guidelines/guidelines-adopted-by-international-conferences-of-labour-statisticians/WCMS_230736/lang--en/index.htm.

[40] Vgl. u. a. ETUC, BusinessEurope, CEEP, UEAPME (2014), *Skills needs in greening economies* (Qualifikationserfordernisse grünerer Volkswirtschaften).

ressourceneffiziente Wirtschaft sich in hohem Maße auf die einzelnen Branchen auswirkt, liegt es im unmittelbaren Interesse der Sozialpartner, durch ihre Arbeit in den EU-Ausschüssen für den sektoralen sozialen Dialog mitzuwirken.

Die Kommission wird die europäischen Sozialpartner ermutigen, im Rahmen des europäischen sozialen Dialogs weitere gemeinsame industrieweite und branchenspezifische Initiativen auszuarbeiten und der Empfehlung der Europäischen Plattform für Ressourceneffizienz (European Resource Efficiency Platform – EREP) nachzukommen, die enge Einbeziehung der Arbeitskräfte in den Bereichen Umweltmanagement, Energie- und Ressourcenverbrauch sowie neu auftretende Risiken am Arbeitsplatz aufrechtzuerhalten, das Recht der Arbeitnehmerinnen und -nehmer, informiert und gehört zu werden, zu stärken und Fahrpläne für die Ressourceneffizienz in der gesamten Branche auszuarbeiten.

5. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit

Im Einklang mit den Schlussfolgerungen der Konferenz der Vereinten Nationalen über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) setzt sich die EU dafür ein, gemeinsam mit anderen internationalen Partnern eine gerechte globale Umstellung auf eine inklusive grüne Wirtschaft zu erreichen. Hierbei müssen die sozialen Aspekte von Umwelt- und Klimaschutzpolitik sowie ihre Wechselwirkungen vor dem Hintergrund des Entwicklungsrahmens für die Zeit nach 2015 und der Ziele für die nachhaltige Entwicklung berücksichtigt werden.

In enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation bearbeitet die EU u. a. folgende Themenbereiche der grünen Beschäftigung: Sie sorgt dafür, dass grüne Arbeitsplätze menschenwürdig sind, dass Arbeitsschutzstandards eingehalten werden, insbesondere in Bezug auf die Arbeitsaufsicht sowie die Gesundheit und Sicherheit am grünen Arbeitsplatz, sie bekämpft die Schattenwirtschaft in den grünen Branchen (z. B. in der Abfallwirtschaft), sie antizipiert den künftigen Qualifikationsbedarf und ergreift ausbildungspolitische Maßnahmen, mit denen der Bedarf an grünen Qualifikationen gedeckt werden kann.

Die EU hat die Umstellung auf eine inklusive grüne Wirtschaft auch im bilateralen Dialog mit ihren strategischen Partnern (u. a. USA, Kanada und China) thematisiert und wird dies künftig noch mit weiteren Partnerländern tun. Im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit und der zahlreichen von ihr finanzierten Programme und Instrumente wird die EU auch Partnerländer dazu ermutigen, das integrierte Konzept zur Umstellung auf eine grüne Wirtschaft zu übernehmen.

Die Kommission wird sich an der Wissensplattform für grünes Wachstum, einem globalen Netzwerk aus Forschern und Entwicklungsexperten beteiligen, das wichtige theoretische und praktische Wissenslücken zum Thema grünes Wachstum aufdeckt und schließt und das 2012 von dem Global Green Growth Institute, der OECD, dem UNEP und der Weltbank eingerichtet wurde.

6. Schlussfolgerungen

Die Umstellung auf eine grüne, ressourceneffiziente Wirtschaft bietet Europa in erster Linie die Chance, seine Wettbewerbsfähigkeit global zu steigern, den nachkommenden

Generationen eine sichere Zukunft zu geben, nachhaltige, hochwertige Arbeitsplätze zu fördern und gleichzeitig zur Überwindung der Wirtschaftskrise beizutragen.

Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Strategien im weiteren Sinne müssen aktiver zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Abdeckung des Stellen- und Qualifikationsbedarfs im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine grüne, ressourceneffiziente Wirtschaft beitragen. Zu diesem Zweck werden folgende Prioritäten aufgestellt:

- bessere Integration und Koordinierung der auf europäischer und nationaler Ebene bestehenden Politikmaßnahmen und Initiativen;
- weiterer Ausbau von Lenkungsstrukturen und Methodikinstrumenten für eine leichtere Umstellung auf eine grüne, ressourceneffiziente Wirtschaft, eine bessere Koordinierung der Strategien und eine konsequente Überwachung der Reformmaßnahmen; Intensivierung der Arbeitsbeziehungen und des Dialogs mit den Sozialpartnern im Bereich der beschäftigungspolitischen Herausforderungen bei der Umstellung auf eine grüne Wirtschaft;
- weiterer Ausbau der bestehenden Instrumente der Kommission zur Erfassung von Daten über Qualifikationen sowie ihrer Netze mit dem Ziel einer besseren Antizipation und Überwachung der Entwicklungen in den Branchen und Berufsfeldern, die mit grünem Wachstum und einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft in Verbindung stehen;
- Gewährleistung, dass die Finanzierungsprogramme und Strategien der EU und der Mitgliedstaaten zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der grünen Wirtschaft beitragen;
- Überwachung der Fortschritte bei der grünen Beschäftigung im Rahmen des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts;
- Herbeiführung internationaler Rahmenbedingungen für die Förderung grünen, inklusiven Wachstums;
- Ausarbeitung einer breit angelegten Strategie zur Förderung grüner Arbeitsplätze, grüner Qualifikationen und grüner Ausbildungsgänge auf der Grundlage der Empfehlungen der EREP.

Die Kommission ersucht den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, die vorliegende Initiative für grüne Beschäftigung zu billigen und bei der weiteren Ausarbeitung von Maßnahmen zur Erreichung eines integrierten Konzepts für nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Beschäftigung in der EU mitzuhelfen.